

## **SPEZIALDEBATTEN**

### **ÖVP**

#### **Gemeinderat Stefan H A B E R L E R**

Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte hohe Beamtenschaft!

Als erster Redner zur Spezialdebatte an diesem Budgetgemeinderat möchte ich noch einmal besonderen Dank an all jene Personen aussprechen, die in den letzten Tagen und Wochen unter Hochdruck dieses Doppelbudget ausgearbeitet haben. Es sind dies alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzdirektion unter Dr. Karl Kamper und Michael Kicker sowie alle weiteren Kräfte aus dem Haus Graz, die ihren Beitrag zu diesem Budget geleistet haben. Dir, Gerhard, ganz großen Dank für diese hervorragende Arbeit.

Mein großer Respekt gilt aber Bürgermeister Siegfried Nagl, der unter schwierigsten Umständen die Verantwortung übernommen hat und die konstruktiven Kräfte in dieser Stadt an einen Tisch gebracht hat, um die Kontinuität und die Stabilität unserer Stadt zu wahren und zu gewährleisten (*Applaus ÖVP*). Er hat ohne ideologische Scheuklappen und parteitaktisches Kalkül erneut das Wohl der Stadt vor persönliche Befindlichkeiten gestellt. Mein Dank geht auch an Vizebürgermeisterin Martina Schröck und die Stadträtin Elke Kahr, ohne ihre wertvolle Mitarbeit wäre es wohl zu diesem Doppelbudget nicht gekommen.

Dieses Doppelbudget das sorgt von heute an rund 700 Tage für Stabilität und Zukunft in dieser Stadt. Dieses Doppelbudget wurde von jenen Kräften in Graz gestaltet, die ihre Aufgabe als Politiker ernst nehmen. Dass genau jene, die hier wieder Kritik üben, die den Verhandlungstisch vorzeitig verlassen haben oder nie Verantwortung übernehmen wollen, ist entlarvend. Jene Kräfte hier im Gemeinderatssaal, die immer alles schlecht reden müssen, sollten hinterfragen, ob sie ihre Aufgabe als Mandatarin

oder Mandatar ernst genug nehmen und ob sie nicht für konstruktive Menschen das Feld räumen sollten (*Applaus ÖVP*).

Wenn ich mir die Beiträge meiner Vorredner vergegenwärtige, dann wundert es mich schon, warum man diese Bedenken nicht am Verhandlungstisch ausräumen konnte oder besprechen. Jetzt nur große Reden zu schwingen über das ach so schlechte Budget, dabei aber jede einzelne Möglichkeit, seine Verantwortung für Graz aktiv wahrzunehmen und seinen Beitrag für die Stadt zu leisten, auszuschlagen, ist nicht nur bedenklich, sondern auch extrem destruktiv. Denn es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder fühlt sich der eine oder andere durchaus komplexen Verhandlungen mit Experten der Volkspartei nicht gewachsen oder die harte und fordernde Budgetpolitik ist für einige einfach zu anstrengend und sie verlegen sich darauf, undifferenzierte, aber dafür schmissige Sonntagsreden in der Gemeinderatsstube zu halten (*Applaus ÖVP*).

Ich darf allen Kritikern nochmal in Erinnerung rufen: Wir haben nicht nur ein konsolidiertes Budget, sondern auch einen konsolidierten Jahresabschluss, was bedeutet, dass wir immer den Gesamtüberblick über die Einnahmen und Ausgaben in allen Eigenbetriebe und Töchtern der Stadt Graz haben. Sie wissen, dass dies im bundesweiten Vergleich die rühmliche Ausnahme für eine Kommune dieser Größenordnung ist.

Meine Damen und Herren! Graz ist eine wachsende Stadt. Jährlich zieht es rund 5.000 Neu-Grazerinnen und -Grazer in unsere Stadt, die in Graz neue Heimat, Arbeit und Zukunft finden. Das bedeutet für uns als Verantwortliche allerdings, schon heute alles Nötige in die Wege zu leiten, damit jede Grazerin und jeder Grazer weiterhin ein qualitätsvolles und attraktives Lebensumfeld und Arbeitsumfeld vorfindet. Dadurch dass Graz wächst, steigt auch der Bedarf an Wohnraum und Infrastruktur. Um den Bedürfnissen aller gerecht zu werden, damit meine ich Alt- und Neu-Grazer, müssen wir investieren: In einem Betrieb muss vorab in Maschinen investiert werden, damit man später produktiv und gewinnbringend tätig sein kann. Wir investieren aber nicht in Maschinen, wir investieren in Menschen, das sollte sich ein jeder hier bewusst sein.

Wir bauen Schulen und Kindergärten, wir bauen Krabbelstuben und Horte, Gemeindewohnungen und Dämme für den Hochwasserschutz. Wir lassen Pflegeheime entstehen und entwickeln unsere Geriatrischen Gesundheitszentren weiter. Wir schaffen städtische Infrastruktur, wie Kanal, Wasser, Straßen. Wir sorgen dafür, dass die Straßen beleuchtet sind, gereinigt und gepflegt, dass genügend gesicherte Grünflächen vorhanden sind. Wir unterstützen Bildungseinrichtungen wie die FH, das Spital, den gesamten öffentlichen Verkehr vom Straßenbahnausbau über die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof bis hin zum Flughafen. Wir kümmern uns um ein gutes Freizeitangebot in der Natur wie beim Klettergarten am Hilmteich, die Sanierung der Rettenbachklamm oder indoor wie die Auster in Eggenberg, die Eishalle Liebenau, diverse Turnhallen nicht zu vergessen auch um die zahlreichen Bezirkssportplätze. Wir nehmen Geld in die Hand, wir investieren in die kulturelle Vielfalt der Stadt, nicht nur in die Oper und das Schauspielhaus, auch La Strada und die freie Szene, der Steirische Herbst und zahlreiche Veranstaltungen mehr.

All diese Leistungen der Stadt, welche die Daseinsvorsorge für die Grazerinnen und Grazer garantieren und das tägliche Leben in der Stadt so angenehm wie möglich machen, werden natürlich für selbstverständlich gesehen. Aber diese Grundvoraussetzungen wachsen mit dem Mehr an Menschen in unserer Stadt. Wir sind für die Aufrechterhaltung verantwortlich. Denn eine Stadt, die nicht investiert und ihre Infrastruktur ausbaut, wird auf lange Sicht sterben. Warum das alles? Jeder Kran, der über der Skyline der Stadt zu sehen ist, bedeutet Arbeitsplätze, bedeutet Wachstum und deckt den steigenden Wohnbedarf ab. Jeder Cent, der in den Ausbau unserer Infrastruktur fließt, macht sich mehrfach bezahlt.

***Zwischenruf GR. Dreisiebner: Schauen wir mal.***

GR. **Haberler**: Wir leisten uns einen Flughafen, warum machen wir das, lieber Karl, der uns international anbindet? Wir sorgen für den ÖV & MIV Ausbau. Stichwort Südwestlinie und Südgürtel. Wir werten den Standort Graz auf mit qualitativen Bildungseinrichtungen und für jedes Unternehmen sind dies Grundvoraussetzungen, damit das Unternehmen überhaupt nach Graz kommt und hier in Graz Arbeitsplätze schafft und Arbeitsplätze sichert und wenn da einer nicht mitzieht, dann stiehlt er sich aus der Verantwortung (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, hätte ich das Budget alleine zu verantworten gehabt, ich hätte noch viel mehr Geld in die Infrastruktur und in die Wirtschaft investiert. Eine Stadt bleibt nur am Vorwärtkurs und attraktiv, wenn die Infrastruktur in einer Stadt gut funktioniert und vor allem modern ist. Denn Modernität und Fortschrittlichkeit fördern die Kreativität und Vielfalt.

Bei aller Kritik, wo bleiben die konstruktiven Vorschläge, wo sind die Alternativen? Manch ein Kollege hat sich heute in nahezu selbstgerechter Art und Weise hier herausgestellt, um in einer Art und Weise Kritik zu üben, die mich zweifeln lässt, ob sie das Budget überhaupt gelesen, geschweige denn verstanden haben.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass hier vorne noch immer sieben Stadt-Regierer sitzen. Und auch als solche von uns finanziert und entlohnt werden. Leider hat sich in den letzten Wochen aber bei mir der Eindruck verfestigt, dass manche von ihnen diesen Titel halt gerne zur Zierde tragen. Denn zu regieren, bedeutet vor allem Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen, mitzuarbeiten und sich einzubringen, wenn es um die finanzielle Gestaltung dieser Stadt geht. Wir von der ÖVP halten mit den konstruktiven Kräften in dieser Stadtregierung am Gestaltungswillen und an einer vorrausschauenden Politik für die Grazerinnen und Grazer fest, die verantwortungsvoll und mutig schon jetzt die Schritte einleitet, die wir für eine gute Zukunft in dieser Stadt gehen werden müssen.

Ich kann an diesem Punkt nur sagen, ich freue mich so richtig auf die spannenden und herausfordernden Projekte der kommenden zwei Jahre. Ich bin mir ganz sicher und überzeugt davon, dass alle hier Anwesenden genauso sich darauf freuen, aktiv zu

werden, zu gestalten und umzusetzen. Vor allem aber, wenn wir dann die sichtbaren Erfolge, die wir gemeinsam feiern werden, hier im Gemeinderatssaal beschließen.

Mein herzlicher Dank geht an jene positiven und zukunftsorientierten Mitgestalter, die dieses Budget mittragen werden. An dem Punkt möchte ich noch etwas sagen. Ich habe, wie andere auch, mitbekommen, dass einige in der FPÖ nicht mit den Äußerungen des Klubobmannes einverstanden sind. Wenn ihr dies aber schweigend nach außen toleriert solche Äußerungen, dann stimmt ihr indirekt dem Gesagten vollends zu und ich möchte euch daran erinnern. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeisterstellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.***

## **K P Ö**

### **Gemeinderat Mag. Robert K R O T Z E R**

Sehr geehrte Damen und Herren des Grazer Gemeinderates, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werter Herr Bürgermeister, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es wird ein bisschen weniger pathetisch jetzt, aber ich möchte mit einem Spruch beginnen: „Graz gehört uns allen“, und das ist die Leitlinie für uns als KPÖ, wir verstehen uns als Sprachrohr all jener Menschen in unserer Stadt, die keine Lobby hinter sich haben – und wir verstehen uns auch als gesellschaftliche Alternative zur Politik der vermeintlichen neoliberalen „Sachzwänge“. Aus dieser Warte will ich im Namen der kommunistischen Gemeinderatsfraktion einige Denkanstöße geben und kritische Anmerkungen machen.

Werfen wir einen Blick auf unsere Stadt, der nicht nur oberflächlich ist, so müssen wir feststellen, dass vieles im Argen liegt. Mit Ende November war die Arbeitslosigkeit in Graz, waren 17.000 Menschen in Graz von Arbeitslosigkeit betroffen. Dahinter steckt 17.000-mal das Schicksal eines Menschen, der mit finanziellen Sorgen, mit psychischen Belastungen, mit Zukunftsängsten zu kämpfen hat. Einer Politik, die sich noch nicht restlos in den Dienst des Neoliberalismus gestellt hat, kann es nicht egal sein und sie muss alles unternehmen, hier gegenzusteuern. Ich möchte eine zweite Zahl anführen und zwar, dass in Österreich, dem siebtreichsten Land auf dieser Erde, 1,2 Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze leben.

Arbeitslosigkeit und Armut sind aber ebenso wenig ein Schicksal wie leere Haushaltskassen. Auf der anderen Seite der sozialen Leiter finden wir heute einen Reichtum, der in der Menschheitsgeschichte seinesgleichen sucht.

Solange eine derartige Ungleichheit besteht, werden wir Kommunistinnen und Kommunisten nicht müde werden, etwa darauf hinzuweisen, dass zum Beispiel das reichste Prozent der Österreicher ein Vermögen von über 450 Milliarden Euro besitzt. Alleine die Familie Porsche und Piëch hat 45 Milliarden Euro und, meine sehr geehrten Damen und Herren, um das auch bildlich uns vorzustellen, da hat eine

Familie mehr als das 20-fache dessen, was wir heute als Doppelbudget für die zweitgrößte Stadt Österreichs mit 300.000 Einwohnern beschließen.

Man muss keine Kommunistin, kein Kommunist sein, um festzustellen, dass hier etwas im Argen liegt. Aber wir Kommunistinnen und Kommunisten nennen auch Ross und Reiter: Es war und es ist die neoliberal-kapitalistische Politik der vergangenen Jahrzehnte, die mit Lohndruck, die mit Kürzungen, mit Privatisierungen, mit Bankenhilfen, mit Steuergeschenken für Vermögende und für Konzerne eine massive Umverteilung in die Wege geleitet hat. Allerdings eine Umverteilung von der breiten Masse hin zu den Vermögenden und so sind hier Milliarden, die einst der Allgemeinheit gehört haben und genützt haben, auf privaten Konten gelandet – und mit diesem Geld ist auch das Finanzcasino angetrieben worden, das uns 2008 um die Ohren geflogen ist und das in absehbare Zeit ein weiteres Mal scheppern wird und zwar ordentlich, weil an den Verhältnissen nichts geändert worden ist.

Ein Brandbeschleuniger in dem Zusammenhang ist die Europäische Union, die den Staaten, aber auch den Gemeinden, eine ruinöse Kürzungspolitik aufzwingt. Der Grazer Stabilitätspakt folgt diesen neoliberalen Vorgaben aus Brüssel und wer in unserer Stadt jährlich wächst, damit auch die Ausgaben mehr werden, zwingt man sich in das Zwangskorsett des Neoliberalismus und verzichtet so auf Spielräume. Wenn es nach den neoliberalen Einpeitschern geht, soll Budgetpolitik geradezu als Naturgesetz gelten und jeglicher demokratischer Mitsprache entzogen werden, davon zeugt der Stabilitätspakt, davon zeugt der EU-Fiskalpakt oder davon zeugt auch der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM. Das passiert ausschließlichen im Interesse des Geldadels, der Banken und der Konzerne, die Interessen der breiten Bevölkerung bleiben dabei auf der Strecke und selbst die Demokratie kommt unter die Räder (*Applaus KPÖ*).

Jetzt ist es natürlich jeder Partei und auch jedem Mandatar und jeder Mandatarin hier im Gemeinderat unbenommen, den Weg fortzugehen. Natürlich kann man die öffentlichen Haushalte dadurch sanieren, indem man radikal drüberfährt, indem man Schulen schließt, Gemeindewohnungen verkauft, Menschen auf die Straße setzt,

Arbeitsplätze vernichtet, Kinder, Jugendliche oder Pensionisten ausschließlich als Kostenfaktor sieht und denen die Leistungen streicht. Das ist die Politik, die die EU Griechenland diktiert hat mit dem Ergebnis, dass die Dritte Welt über das Mittelmeer übergeschwappt ist. Wenn man sich aber heute die Redner der FPÖ zum Grazer Stadtbudget anhört, dann dürfte das auch der Weg sein, der den Blauen für Graz vorschwebt. Alles zusammenkürzen, Leistungen streichen, ausgliedern und der Letzte macht das Licht aus, das, lieber Herr Kollege Sippel, wäre dann der wahre Finanzdschihad, aber den sollten wir sparen (*Applaus KPÖ*). Es ist ganz Ihre Sache, wem Sie mit Ihrer Politik dienen wollen, Sie sollten dann nur der Ehrlichkeit halber auf den Zusatz „soziale Heimatpartei“ verzichten.

Wir von der KPÖ stehen für eine gänzlich andere Politik. Auch für uns gibt es Sachzwänge, auch wir tragen Verantwortung, diese Begriffe orientieren sich bei uns allerdings an den Interessen und Lebensrealitäten der arbeitenden Menschen, der armen Bevölkerungsschichten und der Jugend, denen wir als Arbeiterpartei ausschließlich verpflichtet sind. Wir haben in all den Jahren viele Angriffe aushalten müssen, insbesondere hier herinnen, wir haben gleichzeitig aber auch draußen von den Menschen sehr viel Zustimmung bekommen und letztendlich hat sich diese Konsequenz für die Menschen in Graz bezahlt gemacht. Entgegen dem europaweiten Trend von Kürzungen und Verteuerungen ist es gelungen, Verschlechterungen für die Menschen zu verhindern, ja sogar manche Verbesserung zu erreichen. So werden eben Kanal- und Müllgebühren die kommenden zwei Jahre nicht steigen, genauso wie die Mieten in den städtischen Wohnungen, die Kosten der Jahreskarte werden auf 228 Euro gesenkt, es gibt zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnbau, für Grünraumsicherung und keine Ausgliederungen, Privatisierungen oder Personalabbau. Was die Kürzungen der Parteienförderung betrifft, ich bin bei der Kritik der Grünen, wir werden auch dem Antrag zustimmen, aber, liebe Grüne, eines sei euch nicht erspart, ich wüsste nicht, dass die Forderung nach Kürzung der Parteienförderung bei euch Teil der Verhandlungen gewesen ist. Was den



Mobilitätsscheck betrifft, so werden wir dazu dann später einen Zusatzantrag einbringen, für den sich schon Zustimmung abzeichnet.

Es ist traurig genug, dass das, was in diesem Budget erreicht worden ist, dass das heute schon als sozialpolitischer Erfolg gesehen wird, dennoch ist es einer und er wäre ohne die KPÖ nicht möglich gewesen. Den Vorwurf der „Schuldenpolitik“ reichen wir umgehend weiter an all jene Parteien, die seit Jahren Lobbyarbeit für die Vermögenden leisten und entsprechende Beiträge von den Reichen, von den Banken und den Konzerne verhindern. Das ist nämlich genau die Politik, die zum Austrocknen der öffentlichen Kassen gesorgt hat und auch hier noch einmal der Hinweis auf die FPÖ, um das Geld, das uns alle die Hypo gekostet hat, mit dem hätten wir wahrscheinlich auch tausend Jahre Gebührenerhöhungen verhindern können.

Wir müssen aber zugleich festhalten, dass jede Euphorie über dieses Budget fehl am Platz ist. Trotz der Milderungen bleibt die soziale Lage zehntausender Menschen in Graz prekär, immer mehr Menschen müssen mit immer weniger auskommen und insofern können diese sozialpolitischen Erfolge, die mit dem Budget erreicht worden sein, aus unserer Sicht nur ein erster Schritt sein

Die Stadt Graz muss und sie kann Akzente setzen und neue Wege beschreiten. Schon alleine aufgrund des raschen Wachstums und den damit einhergehenden steigenden Aufgaben braucht es neue Einnahmequellen, die aber nicht in Form von Massenbelastungen passieren können, denn ebenso wie die öffentlichen Kassen leer sind, sind die Kassen von sehr, sehr vielen Menschen leer. Wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe Vorschläge für alternative Einnahmequellen eingebracht, ich erinnere an eine Abgabe für Wohnungsleerstand, an eine Nahverkehrsabgabe, die von den Unternehmen einen entsprechen Anteil an der Verkehrsfinanzierung einfordert, und natürlich die Verhandlungen mit Land und Bund über eine stärkere Berücksichtigung, und auch da muss man immer wieder darauf hinweisen, der zweitgrößten Stadt Österreichs, was die Verkehrsfinanzierung betrifft oder auch was den Finanzausgleich betrifft. Andernfalls werden wir große Schwierigkeiten haben, einerseits die laufenden Ausgaben bestreiten zu können, geschweige denn die

notwendigen zusätzlichen Projekte der außerordentlichen Gebarung, wie etwa den Hochwasserschutz, Fernwärmeausbau oder die Errichtung von Schulen.

Gleichzeitig möchte ich auch noch einmal erinnern, dass der Grazer Gemeinderat im Oktober einen Dringlichkeitsantrag der KPÖ angenommen hat, der von der Bundesregierung eine Einführung einer Vermögenssteuer gefordert hat. Jetzt ist der Herr Bürgermeister leider nicht hier, dennoch noch einmal der Appell, die ÖVP hat seinerzeit gegen diesen Antrag gestimmt, aber ich glaube, man wird auch hier einsehen müssen, dass es ohne einen Beitrag der Vermögenden nicht gehen wird, wenn man diese Stadt und dieses Land nicht an die Wand fahren will. Ich weiß, mit Karl Marx werde ich euch nicht überzeugen, aber vielleicht gelingt es mit den „Programmatischen Leitsätzen“ der ÖVP von 1945, als nach den Erfahrungen von Wirtschaftskrise, Faschismus und Krieg eine betont christlich soziale Ausrichtung gehabt hat und als Ziel genannt hat, Zitat:

„Einen echten Sozialstaat mit vorbildlicher Sozialgesetzgebung und mustergültigen sozialen Einrichtungen. Ein solcher Sozialstaat verlangt: Anerkennung des Rechtes auf den Ertrag der Arbeit und auf persönliches Eigentum, [aber auch] gerechte Verteilung und Nutzung aller Güter, gerechte Aufteilung der Lasten [...], gerechten Lohn, Altersversicherung für alle Stände [und] eine Wohnungspolitik, die durch großzügige Bereitstellung staatlicher und gemeindlicher Mittel jedem Staatsbürger zu einem menschenwürdigen und billigen Heim verhilft.“

Wenn die ÖVP sich künftig wieder daran orientiert, dann werden wir mit einem nächsten Budget hoffentlich weitere sozialpolitische Erfolge erreichen, wir als KPÖ bleiben jedenfalls unserer Linie treu als Sprachrohr für diejenigen Menschen in unserer Stadt, die keine Lobby haben. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

## **SPÖ**

### **Gemeinderat Mag.<sup>a</sup> Suanne B A U E R**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich werde in meiner Spezialrede mich nicht lange bei den guten und notwendigen Punkten im Doppelbudget zu den Bereichen Wohnen und Soziales aufhalten, sondern ich meine, dass wir mit heute einerseits die Weichen für den Budgetvollzug der nächsten zwei Jahren stellen und andererseits sofort damit beginnen sollen, parteiübergreifend die Grundlagen für eine weitere, gute Zukunft in Graz zu schaffen. Warum sehe ich das so? Budgetsitzungen sind üblicherweise geprägt von Zahlen: Einnahmen und Ausgaben werden beleuchtet und analysiert. Diese Betrachtung aus dem Blickwinkel des Hauses Graz, der Politik und Verwaltung verstellt uns bisweilen den Blick auf das Wichtigste: die Wirkung und mangels Budget und mangels Budgetansatz auch Nichtwirkung der gemeindepolitischen Entscheidungen für die Menschen, die in unserer Stadt, in Graz, derzeit und in Zukunft leben, wohnen, arbeiten.

Dabei täte uns allen dieser andere Blick gut. Ich gebe zu: Auch ich ertappe mich bisweilen dabei, den Bevölkerungszuwachs zu allererst aus dem Blickwinkel des Gemeinderates zu sehen, als Zeichen der Attraktivität von Graz und somit als Bestätigung des auch von der Sozialdemokratie mitgestalteten Weges: Graz ist attraktiv, Graz vermittelt Zukunft, Graz vermittelt Geborgenheit. Und Graz gewinnt mit dem Bevölkerungswachstum auch an Finanzkraft. So weit, so auch richtig. Aber die Menschen wollen Wohnen, sie brauchen Arbeit, sie bedürfen einer entsprechenden Infrastruktur, sie brauchen Unterstützung. Und die entscheidenden Fragen sind:

Sind wir dafür gerüstet? Ich sage: nur bedingt.

Sind wir dazu bereit? Ich fürchte, nur bedingt.

Die Kehrseite der Genugtuung einer wachsenden Stadt gibt es und ich nenne dies die „Wachstumsschmerzen“ einer Stadt, die sich auch oftmals in Unzufriedenheit ausdrücken.

Nehmen wir den Bereich Wohnen, der für alle Menschen in dieser Stadt höchste Bedeutung hat: Ich bin heute guten Willens und bescheinige jeder Fraktion in diesem Haus, dass sie diesem Thema große Bedeutung zumisst – aber nur aus dem eigenen parteipolitischen Blickwinkel heraus, ohne ein Gesamtbild für die Stadt im Auge zu haben. Entscheidungen in diesem Bereich fallen argumentativ eher auf Grundlage einer 15-Jahresplanung - dem STEK; praktisch doch eher auf Grundlage politischer Einzelmeinungen und/oder einzelnen Ressortlösungen. Es gibt keinen wirklich gemeinsamen ressortübergreifenden Nenner auf Basis von Fakten wie Bestand, Neubau, wieviel geförderter oder nicht geförderter Wohnneubau soll erfolgen, wie ist es mit den Preisen, mit der Preisentwicklung von Wohnraum bestellt, wie schaut es mit dem Zuzug aus, wie schaut es mit den Anforderungen auf Grund unserer Altersstruktur aus und der damit so wichtigen Infrastruktur - von der Schule bis hin zu den Verkehrslösungen? Die Wohnungspolitik in Graz basiert somit eher auf Zufall.

Was wir dringend brauchen, ist eine Gesamtkonzeption für den Bereich Wohnen: einen Wohnungsbericht, der all diese Fakten für den Bedarf an jährlich 1750 Wohneinheiten berücksichtigt. Einen Bericht, der auf Fragen der Grundstücksvorsorge einerseits und die Höhe und Entwicklung der Wohnungskosten andererseits Rücksicht nimmt. Ich nenne als Schlagworte für bodenpolitische Maßnahmen, Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau oder auch einen vorgezogenen Aufschließungskostenbeitrag oder als städtisches wohnungspolitisches Ziel, dass mindestens 25 % der neu zu bauenden Wohnungen gefördert sein sollen, denn leistbares Wohnen fußt erstens auf Mietwohnungen und zweitens auf einem höheren Anteil von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen in Relation zum frei finanzierten Wohnbau und hier ist die Landeshauptstadt Graz Schlusslicht im Landeshauptstadtvergleich. Nur 21,3% der Wohnungen in Graz sind gefördert und die geförderten Wohnungen sind im Durchschnitt 900,- Euro günstiger pro Jahr für die

Bewohnerinnen und Bewohner. Selbstverständlich mag eine Champagnersiedlung beeindruckend sein – doch angesichts der steigenden Wohn- und Lebenshaltungskosten ist ein exzellenter steirischer Zweigelt realitätsnäher und erstrebenswerter.

Ich wünsche mir eine Wohnpolitik und somit einen Wohnungsbericht als ressortübergreifende Gesamtaufgabe, die von dieser Stadt aufgegriffen wird. Wohnungspolitik darf sich nicht auf Verwalten beschränken – Wohnungspolitik heißt: Stadt gestalten. Zu dieser Gesamtschau gehört die Stadtplanung ebenso dazu wie das Bildungsressort, das ist auch eine Frage der Familien- und Sozialpolitik ebenso wie der Verkehrsplanung. Dazu sehe ich auch dich, Herr Stadtrat Mario Eustacchio, gefordert, obwohl man manchmal nicht den Eindruck hat, dass du aktives Mitglied dieser Stadtregierung bist, sondern bisweilen eher die Erinnerung an die beiden älteren Herren der Muppet-Show weckst, die jeden und alles mit sarkastischen Äußerungen kommentieren. Permanentes Wehklagen entspricht nicht der von einem Politiker geforderten Leistung (*Applaus SPÖ*).

Und wenn wir über die wachsende Stadt, die Wachstumsschmerzen und die Problemlage rund ums Wohnen sprechen, dann kommen wir nicht umhin, auch das Thema Zusammenleben miteinzuschließen – und auch das muss aus meiner Sicht Teil einer Gesamtkonzeption sein. Denn da fehlt es auch an einer ämterübergreifenden Strategie: Die derzeitige Form der Stadtteilarbeit, sie ist enorm engagiert, großes Kompliment, aber es ist hier der Beigeschmack vorhanden, dass sie nur dann zum Einsatz kommt, wenn es – bildlich gesprochen – „brennt“. Stadtteilarbeit kommt primär dann zum Tragen, wenn es darum geht, Konflikte, Ängste, Auseinandersetzungen und Sorgen zu beseitigen. Hier ist der Begriff Stadtteilkrisenfeuerwehr vielleicht die treffendere Bezeichnung.

Ich glaube, es ist notwendig, die Vision zu stärken, dass urbanes Leben Freude macht. Und dass in dieser Vision die Stadtteilarbeit eine andere Rolle hat: die der Prophylaxe, die der begleitenden Unterstützung, um das Zusammenleben zu stärken. Was hier alles angegangen werden kann, hierbei sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt und

ich denke, dass auch die Kosten sich bei den Überlegungen in Grenzen halten. Ich denke dabei an Mieter- oder Siedlungsbeiräte, ich denke an Nachbarschaftsprojekte und möchte auch hier meinen Antrag zum Tag der Nachbarschaft in Erinnerung rufen. Wir sollten den „Hausmeister light“ als erste Kontaktperson nicht außer Acht lassen und Begegnungsräume ohne Konsumationszwang forcieren. Ich möchte hier ein Beispiel zitieren, das habe ich selbst in Malmö gesehen: ein Grätzel-Platz. Da wurde eine Tanzfläche für Mädchen installiert und das war der absolute Renner, früher war es ein Parkplatz und jetzt ist es ein Treffpunkt. Also diese Begegnungsräume sollen favorisiert werden.

Was natürlich über all dem Ganzen steht, das ist eine gemeinsame Klammer. Es geht darum hinzuhören, was die Menschen brauchen und wollen, sie aber nicht zwangszubeglücken. Was ich damit sagen will, auch das Zusammenleben muss etwas sein, das von allen, im Sinne Stadt gestalten, ein Anliegen sein muss. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Wir, die wir guten Willens sind, sind gefordert, gemeinsam eine Antwort auf jene Herrschaften rechts-außen zu geben, die in dieser Frage ihre große Chance sehen, durch das Schüren von Ängsten zu polarisieren, die Feindseligkeiten säen wollen, um aus den daraus resultierenden Konflikten Stimmen zu ernten.

Ich sage jedenfalls: Ja, wir können viel dazu beitragen, diesen Wachstumsschmerzen gut und effektiv zu begegnen. Graz kann getrost wachsen – wir müssen nur darauf achten, dass die Rahmenbedingungen passen, dass dieses Wachsen Freude und Optimismus verbreitet, nicht Ängste und Schmerzen (*Applaus SPÖ*).

Gute Rahmenbedingungen schaffen dabei die Sozialleistungen, über deren Ausgaben niemand lamentieren muss. Das sollen sich bitte auch die Kollegen und Kolleginnen der FPÖ ins Stammbuch schreiben. Mir sind die eigentümlichen Debattenbeiträge der freiheitlichen KollegInnen rund um die Weihnachtsbeihilfe noch gut in Erinnerung, wo versucht wurde, die Unverhältnismäßigkeit der Sozialkosten an Hand dieser Unterstützung für Personen mit niedrigem Einkommen zu konstruieren. Hier denke ich mir: Können sie Zahlen, die Bedürfnisse im Sozialbereich nicht verstehen oder wollen sie das auch nicht?

Ich bitte jetzt auch noch einmal zuzuhören, denn der Rahmen aus dem Sozialbereich ist etwas sehr Wichtiges. 50 % des Sozialbudgets der Stadt fließen in die stationäre Pflege, das ist die Zuzahlung zu den Heimen und Pflegeanstalten und in die mobilen Dienste sowie in die Tageszentren. Würden wir das nicht tun, müssten wir uns die Frage stellen, ob es uns das nicht wert ist, dass unseren Eltern, Großeltern kein würdevolles Altern ermöglicht wird.

30 % des Sozialbudgets fließen in die Behindertenhilfe. Rund 5.100 Personen beziehen Unterstützung aus diesem Titel und ich will nicht annehmen, dass jemand in diesem Haus meint, die Notwendigkeit dieser Mittel zu bestreiten, und rund 16 % machen Mindestsicherung und Sozialhilfe aus. Die Mindestsicherung ist ein Reizwort für die FPÖ, wie wir in den vergangenen Debatten oftmals gehört haben. Aber ich möchte auch hier noch einmal darauf hinweisen, es gilt hier auch von eurer Seite, das Schicksal und die Betroffenheit abzufragen. Erstens sind einmal sind einmal 4.500 Haushalte betroffen, die ein geringes Einkommen haben, das sind über 9.000 Menschen in dieser Stadt und das, was das Besondere ist, die meisten dieser BezieherInnen haben eine Beschäftigung. Nur das ist eine Teilzeitbeschäftigung und aus der Teilzeitbeschäftigung ist das Einkommen so gering, dass eine Zuzahlung nach der Mindestsicherung erfolgt. Hier gilt es an der Teilzeit anzusehen und die Teilzeit, vor allem die unfreiwillige Teilzeit, zu einer Vollzeitbeschäftigung zu führen und ich glaube, dass wir uns alle hier herinnen auch selbst etwas an der Nase nehmen müssen, es gibt auch im Bereich des Hauses Graz, sehr, sehr viele Teilzeitbeschäftigte und auch hier sollte gefragt werden, wollte ihr nicht ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis eingehen und ich glaube, dass es organisatorisch machbar sein muss, dass wir hier das Umsetzen (*Applaus SPÖ*). Dann bleiben noch 4 % für Personalkosten, die wertvolle Arbeit, die die SozialarbeiterInnen leisten, die MitarbeiterInnen in der Zentralküche, über 7.500 Portionen werden schon täglich gekocht und ausgeliefert. Viele von uns kommen in den Genuss. Die Behindertenberatung, auch die Kontrolle dort, wo Leistungen vergeben werden, muss auch Kontrolle stattfinden.

Ich denke einfach, dass diese Aufschlüsselung - auch wenn sie öfter schon präsentiert wurde auch von unserer Bürgermeister-Stellvertreterin Martina Schröck man muss sie wiederholen, damit es bewusst wird, was hier geleistet wird und wofür es auch bezahlt wird und welcher wertvoller Beitrag für unsere Gesellschaft daraus entsteht. Sozialleistungen haben nichts mit Randgruppenproblematik zu tun, manche wollen uns das weismachen, ganz im Gegenteil. Ich bin überzeugt davon, dass nahezu jede von uns im engeren familiären Umfeld eine Person hat, die auch Sozialleistungen in Anspruch nimmt. Das ist ja auch nichts Verwerfliches – im Gegenteil, die Unterstützung soll als selbstverständlich angesehen werden.

Und was müssen wir uns auch noch dazu bewusst werden in einer wachsenden Stadt? Wenn wir uns dazu bekennen, dass die Stadt weiter wächst und weiter wachsen soll, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass mehr Menschen in der Stadt sind, dass auch älteren Menschen sich in der Stadt befinden, dass sich die Haushaltsstruktur ändert und somit die notwendigen Sozialleistungen nicht weniger werden – sondern ebenfalls wachsen und das sollten wir da herinnen nicht als Wachstumsschmerz empfinden, denn auch der soziale Rahmen ist ein Gradmesser für die Attraktivität einer Stadt und wir wollen, dass die Stadt weiterhin attraktiv bleibt. Danke (*Applaus SPÖ*).



## **FPÖ**

### **Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Astrid SCHLEICHER**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer!

Vorweg möchte ich sagen, dass wir voll und ganz hinter unserem Klubobmann stehen und dass wir alle das Selbstvertrauen haben, sollte uns etwas nicht passen, das laut auszusprechen (*Applaus FPÖ*). Liebe Zuhörer! Bei den meisten Stücken auf der Tagesordnung geht es um mehrere Hunderttausend Euro oder um Millionen – man hat als Politiker eine immense Verantwortung. Immerhin handelt es sich um Steuerzahler-Geld der Allgemeinheit, das die arbeitende Bevölkerung einzahlt. Übrigens, wie heute schon gehört, gibt es in Graz eine Arbeitslosenquotensteigerung von 13 % vom Vorjahr auf heuer. Der aktuelle Schuldenstand der Stadt Graz, auch schon gehört, beträgt über eine Milliarde Euro – nicht Schilling – Euro, eine unfassbare Summe. Aber alle tun so, als wäre das gar nicht so schlimm. So wie Stadträtin Kahr unlängst in der Zeitung zitiert wurde: „Schulden per se sind ja nichts Schlechtes“ – was wird hier von der Politik für ein Bild vermittelt?

Bevor jetzt das Geld wieder neu verteilt wird, sollten an die einfachen notwendigen Dinge gedacht werden, wie die Infrastruktur – Straßen und Brücken müssen saniert werden, der Hochwasserschutz in einigen Bezirken ist noch nicht zufriedenstellend. Es gibt offenbar kein Geld da, um wertvolle öffentliche Flächen wie das Schloß Reinthal im Bezirk St. Peter zu erhalten, zuerst kommt es hier zu einer bedenklichen Verpachtung, die Grazer Bevölkerung wird ausgesperrt, jetzt ist es auch verkauft worden. Das heißt, es kommt immer wieder zum Ausverkauf des Familiensilbers der Stadt, um an weitere Millionen zu gelangen (*Applaus FPÖ*).

Die Sozialausgaben steigen und steigen – und das jedes Jahr. Und da muss es erlaubt sein, darauf zu schauen.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Ja, man muss auch einen anderen Blickwinkel zulassen. Nicht um unsozial zu sein und schon gar nicht, um unmenschlich zu sein, müssten alle Sozialausgaben einmal ganz genau evaluiert werden. Der Heizkostenzuschuss ist von 2013 auf 2014 um 100.000 Euro gestiegen. Die Weihnachtsbeihilfe um 86.000 Euro und ich möchte es trotzdem hier noch einmal betonen, dass die Weihnachtsbeihilfe nur von Menschen konsumiert werden sollte, die auch wirklich Weihnachten feiern, alles andere ist nicht gerecht (*Applaus FPÖ*).

Für die SozialCard werden für 2015 710.000 Euro, für 2016 780.000 Euro veranschlagt. Um das System gerechter und effektiver zu gestalten, wäre es sicherlich einmal nützlich, den genauen Bezieherkreis zu erfahren. Ausländische Personen mit einem über drei Monate hinaus gültigen Aufenthaltstitel haben auch schon Anspruch auf die SozialCard. Aber die von der Sozialstadträtin für Herbst 2013 versprochene Evaluierung lässt noch immer auf sich warten.

Die geplanten Maßnahmen gegen Energiearmut sind durchwegs gut. Die Menschen, die in der Energiearmutsfalle sitzen, erhalten nötige Gelder aus der öffentlichen Hand, wie den Heizkostenzuschuss oder den Brennstoffkostenzuschuss. Vielfach fehlen ihnen aber noch grundlegende Informationen, wie sie Heiz- beziehungsweise Energiekosten einsparen können. Um hier bei den Betriebskosten sparen zu können, sollten diese in unseren Augen mit einer verpflichtenden Energieberatung gekoppelt werden. Da erfährt man, wie man die Heizung richtig einstellt, wie richtig gelüftet wird, allein durch richtiges Lüften können mehrere Hundert Euro pro Jahr, pro Haushalt eingespart werden (*Applaus FPÖ*). Aber wenn ich im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit diesen Vorschlag mache, heißt es gleich von allen Seiten: „Um Gottes Willen, das ist ein sensibles Thema, das können wir nicht machen!“ Natürlich ist es

ein sensibles Thema, aber es gibt Professionisten, die gut ausgebildet sind, wie Sozialarbeiter oder Psychologen – die wissen, wie man sensible Themen anspricht.

Dieser Mentalität, für nichts eine Gegenleistung erbringen zu müssen, nicht einmal eine geringe - alles muss gratis bis fast gratis sein – diese Gratis-Mentalität wird das System nicht mehr lange tragen, da muss man die Wahrheit sagen. So wie unlängst von der KPÖ der geforderte „Gratis-Kindergarten für alle“ oder jetzt das ÖVP-Zuckerl – das schon mehrfach angesprochene Jahresticket um 228 Euro. Also kann man in Zukunft um 62 Cent pro Tag, 62 Cent ist uns das wert pro Tag, mit Bim und Bus fahren und die über vier Millionen, die das Ticket kostet, werden offenbar locker zur Verfügung gestellt. Doch die Beratung eines wesentlichen Stückes zum öffentlichen Verkehr im letzten Gemeinderat, wurde von Bürgermeister Nagl verhindert. In diesem Stück geht es um Fahrplanstabilität, Taktverdichtungen und Fahrzeuginvestitionen – alles höchst notwendige Maßnahmen, für den ÖV, auch um die prognostizierten 12.000 neu hinzukommenden Besitzer der günstigen Jahreskarte zusätzlich verlässlich und bequem transportieren zu können. Das ist für mich sicherlich keine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Politik (*Applaus FPÖ*).

Positiv zu erwähnen ist die Evaluierung der Frauenförderungen. Die Förderungen und Subventionen einmal genau zu durchforsten, ist eine Forderung der Freiheitlichen seit Jahren. 2012 wurden hier rund 29,4 Millionen ausgeschüttet, 2013 sogar 31 Millionen Euro an Subventionen. Alleine bei der Frauenförderung sprechen wir von stattlichen 675.000 Euro pro Jahr. Dass die Themenschwerpunkte Arbeit, Qualifizierung, Karriere und vor allem Gewaltschutz ganz wichtig sind, steht außer Frage. Aber die reine Umverteilung von den zur Verfügung stehenden Mitteln wird längerfristig einfach zuwenig sein. Es müssen einzelne Projekte evaluiert werden. Ich darf nur exemplarisch, weil beim Durchlesen der Subventionsberichte der letzten Jahre wäre mir vieles aufgefallen, ich darf exemplarisch den Verein „ERfA“ mit dem Projekt „Nähwerkstatt“ erwähnen. Bis 2016 sind dafür 85.000 Euro budgetiert,

85.000 Euro klingt für manche wahrscheinlich wieder wenig, sind ehemals 1,2 Millionen Schilling. Hier wird, wie es so schön heißt, arbeitsmarktfernen Frauen - vor allem Migrantinnen - die Möglichkeit der Betreuung und Beschäftigung geboten. Es handelt sich hier um keine Berufsausbildung. 2013 haben 26 Frauen daran teilgenommen, 20 weitere haben Probetage absolviert. Also 26 Frauen, die nähren und tratschen zur Sprachvermittlung, kosten dem Grazer Steuerzahler 85.000 Euro im Jahr (*Applaus FPÖ*).

Wenn ich mir die Zahlen im Sozialressort bis jetzt so ansehe, so ist es kein Wunder, dass die Sozialstadträtin mit dem Geld nicht auskommt und einen Nachtragskredit von 8,5 Millionen Euro benötigt hat. Im betreffenden Stück wird auch hier als Argumentation der Anstieg der Mindestsicherung genannt und zwar durch die angestiegene Zahl von Beziehern nicht-österreichischer Herkunft. Zur Mindestsicherung war auch im Herbst 2013 der Leiter des Grazer AMS im Ausschuss geladen, der dazu sagte, dass im letzten Jahr beziehungsweise in den letzten Monaten die Anzahl der langfristig unterstützten Personen extrem angestiegen ist. Die Ursachen dafür liegen unter anderem bei der Ausbildung und den Sprachproblemen bei Personen mit Migrationshintergrund.

Genauso bei der Kinder- und Jugendwohlfahrt. Auf den Zuwachs von minderjährigen Jugendlichen aus Nicht-EU-Staaten musste mit einer Erhöhung des Budget von 350.000 Euro reagiert werden.

Hier lässt sich für mich eine bedenkliche Tendenz erkennen, vor der alle die Augen verschließen, weil diesbezüglich nichts aus- oder angesprochen werden darf. Es lässt sich aber eindeutig die absolut verfehlte Politik der letzten Jahre der regierenden Parteien SPÖ und ÖVP erkennen (*Applaus FPÖ*). Und der einzige Lösungsansatz, der von den Verantwortlichen kommt, ist noch mehr Geld ins System zu pumpen. Da handelt es sich für mich sicher nicht um verantwortungsvolle Politik.

Apropos Verantwortung. Der Bürgermeister war vor fast genau einem Jahr mit einem Vorschlag in der Zeitung, wie man dem Zukunftsthema der Stadt – der Grünraumsicherung – begegnen kann. Er hat eine Erhöhung der Wasserabgabe gefordert – und zwar rund 2 Euro pro Kopf im Jahr. So soll eine Grün- und Freiflächensicherungsmillion zustande kommen, mit welcher Vorbehaltsflächen gekauft werden können oder Bauland rückumgewidmet werden kann – eigentlich eine ganz gute Idee. Nur ist so, wie wir es heute schon gehört haben, dass jetzt ein Gebührenerhöhungsstopp für die nächsten zwei Jahre ausgemacht worden ist. Also verschwindet eine notwendige Maßnahme, um den Lebensraum Stadt hochwertig zu halten, offenbar in der Schublade mit dem Argument „Wir haben ja kein Geld“.

Und immer die Argumentation wegen dem Finanzausgleich und der Ungerechtigkeit, dass die Stadt Graz zuwenig Geld vom Bund bekommt. Sie, Herr Bürgermeister, sind, soviel ich weiß, seit zwölf Jahren im Amt. Und in diesen zwölf Jahren war immer die ÖVP in der Bundesregierung. Haben Sie da keine Gespräche geführt oder sind die alle nur unglücklich verlaufen (*Applaus FPÖ*)?

Abschließend kann ich sagen, dass mich meine nun fast zweijährige Erfahrung als aktive Mandatarin eines gelehrt hat: Hier in Graz ist man meilenweit entfernt von einer verantwortungsvollen, zukunftssträchtigen Politik mit Weitblick für die nächsten Generationen. Das Motto ist offenbar, Machterhalt um jeden Preis, egal ob man sich diesen leisten kann oder auch nicht (*Applaus FPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.***

## **GRÜNE**

**Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Daniela G R A B E**

Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuhörerInnen auf der Galerie oben.

Als Letzte werde ich mich kurz halten, denn es sind doch einige Punkte schon...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Ach, du bist doch zweimal? Ja oder Nein? Eben nein, also. Ich werde mich trotzdem kurz halten und vielleicht anders als die anderen das, was nachzulesen ist, jetzt auch nicht ablesen, sondern es wird dann eh auf der Website sein. Ein paar Punkte zu diesem Doppelbudget, das heute zum Beschluss vorliegt. Doppelbudget, das bezeichnet wird immer mit Stabilitätspakt, der mal medial gehalten wird, mal medial wiederum nicht gehalten wird. Gehen wir einmal davon aus, dass diese Vorgaben tatsächlich jetzt eingehalten werden, auch wenn es zwischendurch immer wieder einmal so und einmal so geheißen hat. Ein Budget, von dem es zum Beispiel von euch, von der KPÖ, auf eurer Website heißt, es belastet die Grazer Bevölkerung nicht zusätzlich, ja, mag sein und macht notwendige Investitionen möglich. Ich denke, ihr habt die Kritik von Gerhard Wohlfahrt vorher, auch von Philip Pacanda, sehr wohl gehört, dass eben die Investitionen nicht abgesichert sind. Wir alle wissen, wieviel schon verplant ist von den Investitionen für die nächsten Jahre und wie sich damit ein Ausbau, von euch auch gefordert, von öffentlichen Verkehrsmitteln ausgehen soll, wie der Ankauf von Grünraum, wie der

Ankauf von Flächen für Wohnungen, das möge mir bitte noch erklärt werden. Ich sehe es im Budget nicht (*Applaus Grüne*).

Eine andere Bezeichnung von der Kollegin Gmeinbauer war in Anlehnung an Public Private Partnership: Pflichtbewusstsein, Planungssicherung und Partnerschaft. Die Planungssicherheit ist genau das, was wir kritisieren mit den eben nicht vorhandenen, aus unserer Sicht, nicht vorhandenen ausreichenden Investitionsmitteln für die Jahre, nicht nur 2015 und 2016, sondern auch darüber hinaus, das ist einer unserer vehementen Kritikpunkte, dass jetzt Investitionen aufgeschoben werden. Wir alle wissen, dass natürlich nie 100 % erfüllt werden von den Planungen, aber der Prozentsatz, der jetzt eingetaktet ist im Budget, ist einfach nicht ausreichend. Es wird sich nicht alles spielen. Dass wir den ÖV-Ausbau hinbekommen, der doch auch prognostiziert ist durch die großartige günstigere Karte, die dann durch die vielen zusätzlichen BenutzerInnen sogar auch noch die Kosten hereinspielt, wie soll das bitte gehen? Und wo sollen die bitte alle Platz haben in Straßenbahnen, die jetzt in den Früh- und Spätspitzen und Bussen schon am Limit sind, wo keine Mittel verfügbar sind für den Ausbau von solchen Strecken, für den Ankauf neuerer Busse, die einer Schadstoffgüteklasse entsprechen, die wir in einer Feinstaubstadt wollen. Also wo ist da bitte die Planungssicherheit?

Ich zitiere auch dich, Robert Krotzer, du sagst zu Recht, jegliche Euphorie fehl am Platz und das teilen wir. Unsere Schlussfolgerung anders als eure ist, dass wir deswegen eben diesem Budget nicht zustimmen können (*Applaus Grüne*).

Anders als Kollege Haberler gesagt hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), Kollege Haberler ist angesprochen. Anders als du in deiner Wortmeldung gesagt hast, du bist immer noch angesprochen, üblicherweise schaut man sich an, weil du gemeint hast, Parteien, die noch nie die Verantwortung übernommen haben für ein Budget, ich glaube...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Ich habe zugehört, ich habe es auch mitgeschrieben, kannst auf meinem Liveticker verfolgen. Ich denke, du weißt, dass hier bis zu der letzten Regierungsumbildung, dass wir sehr wohl an diesem Budgetpfad, an dem Stabilitätspfad mitgearbeitet haben, du weißt sehr wohl, dass wir, bis das von eurer Seite aufgekündigt wurde, genau für solche Investitionen gesorgt haben, also ich höre dir zu und ich habe mitgeschrieben, was du gesagt hast. Vielleicht solltest du einmal nachlesen, was in der jüngeren Grazer Geschichte von den Grünen hierzu eingebracht wurde.

Aber zurück zum Inhalt dieses Doppelbudgets, das also eigentlich ein Stabilitätspfad ist, das Planungssicherheit bringen soll, das, und da stimme ich zu, jeglicher Euphorie entbehrt für uns und wo Frau Kollegin Gmeinbauer sagt, wir würden unannehmbare Bedingungen stellen. So unannehmbare Dinge sind also, dass wir fordern, dass der proklamierte Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch wirklich im Budget aufzufinden ist, das ist unannehmbar oder unannehmbar, dass der wichtige Schulausbau, dem wohl alle hier zustimmen, dass der sich auch wirklich in den Investitionen abgesichert wiederfindet, das nenne ich Planungssicherheit, die fehlt und das nenne ich nicht unannehmbare Bedingungen, sondern Bedingungen, um die Zusagen, die mit den Budgetbegleitworten getroffen sind auch wirklich wahrzunehmen und um diese Zusagen einzuhalten (*Applaus Grüne*).

Für mich ist das kein, und für uns, kein Budget der Planungssicherheit, es ist kein Budget des Stabilitätspaktes, es ist auch kein Budget, wie seitens der SPÖ zu hören war, ein Budget für die Grazerinnen und Grazer mit einer leeren Floskel. Für mich ist das neben diesem Kartenhausbudget, was wir vorhin schon gesagt haben, auch ein Budget auf Zuruf. Warum ein Budget auf Zuruf? Zuruf von Herrn Bürgermeister Nagl, nehme ich einmal an, bitte jetzt schnell ein günstigeres Jahresticket einbauen. Nicht,



dass wir etwas dagegen hätten gegen günstigen ÖV, dem haben wir auch immer zugestimmt, nur plötzlich ist die Finanzierung möglich, vor Jahren war nichts möglich im Bereich Kurzstreckenticket, im Bereich schnellerer Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, jetzt auf einmal ist es möglich. Zuerst hieß es 1,7 Millionen Euro, dann hieß es wieder, das wird eh alles wieder hereingespielt durch die höheren Ticketverkäufe, wie gesagt, wo auch immer die Leute dann Platz finden. Jetzt im Budget sind es die 4,1 Millionen, die eingetaktet sind, nun gut.

Nächster Zuruf, inhaltlich durchaus auch sinnvoll, für die Bevölkerung sinnvolle Entlastungen zu machen.

Nächster Zuruf, diesmal von der KPÖ, Kanal- und Müllgebühren zwei Jahre nicht erhöhen. Soll sein, aber plötzlich ist das möglich, was über Jahre hinweg sowohl vom Finanzstadtrat als auch von euch, von der SPÖ, immer als nicht sinnvoll und kategorisch abgelehnt wurde, also das erkläre mir bitte einmal jemand. Dann weiterer Zuruf, inhaltlich teilen wir das genauso. Von euch auch, von der KPÖ, neue Mittel für Gemeindewohnungen, ja natürlich, neue Mittel für Grünraum, selbstverständlich, und wo bitte ist das abgebildet in dem Investitionsplan für die nächsten Jahre, das möchte ich sehen? Wir werden es dann sehen, wenn die zwei Jahre abgelaufen sind, wie viel von diesen jetzt versprochenen Investitionen in den wichtigen Bereichen tatsächlich gekommen sind. Was ich vermisse, neben diesen Lockrufen, Zurufen von der ÖVP auch an uns mit dem billigen Ticket, neben den Zurufen für Stopp von Gebühren usw. seitens der KPÖ, was war seitens der SPÖ? Ich habe keinen einzigen Zuruf gehört. Aus den Medien zumindest ist nichts gekommen. Ich war natürlich nicht bei den Budgetgesprächen dabei, ich kann nur Zeitung lesen und das erfahren, was Leute, die in Gesprächen sind, darüber erzählen. Wo also war der Zuruf für ein höheres Frauenbudget (*Applaus Grüne*)? Ihr als KPÖ habt auf eurer Website auch gesagt, es gibt keine Kürzung im Frauenbudget, die gibt es allerdings sehr wohl. Und selbst, wenn dann zwischendurch, wie von dir, Alexandra, verkauft wird, dass ein Gleichbleiben doch eigentlich auch schon ein Erfolg sei in Zeiten wie diesen, wo man einsparen muss, dann frage ich mich, bitte was sind das für

Relationen, wenn vier Millionen hier, zwei Millionen dort sehr wohl auf einmal lockergemacht werden können, aber kein einziger Kampf für die Erhöhung eines Frauenbudgets (*Applaus Grüne*)? Frauenbudget, übrigens für diejenigen, die die Zahlen nicht parat haben von den Eckwerten 2014: 1.0345 Millionen, 2015: 1,02, und 2016: 1,02 also etwas weniger Millionen. Das ist die von euch erhoffte Nichtkürzung des Frauenbudgets, auf die ihr euch verlassen habt in den Zusagen.

Anderer Bereich, vielleicht gab es ja Zurufe im Bereich der Jugendwohlfahrt. Ich sehe mir nur die Eckwerte jetzt an. Eckwert 2015, nach Sparbuchverwendung ist 22,8 Millionen, Eckwert 2014 inklusive Sparbuch vom Rechnungsabschluss 2013 waren 24,4 Millionen, ist das die Steigerung im Bereich der Jugendwohlfahrt? Das ist vielleicht auch eine Erklärung, warum man immer wieder, so wie im Vorjahr, mit 2,5 Millionen Euro am Sparbuch gut wirtschaften kann, ohne Ausbau von Jugendwohlfahrtsmaßnahmen zu betreiben.

Und abschließend jetzt noch neben, muss ich zugeben, es gibt ein paar gute Punkte: Tartaruga, Rainbows usw. sind leicht erhöht, aber was gibt es daneben noch? Wo ist der früher einmal jährliche Frauen-Förderungspreis? Wo die noch im Gleichstellungsaktionsplan so dringend geforderten guten Ausstattungen für die Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen, wo gibt es das noch, das SeniorInnen-Taxi, gibt es da einen Ausbau oder eine Ausweitung? Wo ist der innovative Ausbau von Kinder- und Jugendbetreuungsangeboten, die die Stadt Graz nach Abschaffung der eigenen Einrichtungen machen könnte? Gut, wo ist also das Budget für die Grazerinnen und Grazer, ich zitiere von Martina Schröck und ihrer Website, „die SPÖ ist ihrer Linie treu geblieben“. Diese und die eingangs erwähnten fehlenden Absicherungen, die fehlende Planungssicherheit für die Investitionen, die zweifelsohne wichtig sind, sind, wie erwähnt für uns der Grund, dem Budget nicht zuzustimmen und ich denke, im Ablauf der nächsten ein oder zwei Jahre werden einige auch merken, dass die Versprechungen, die hier mit Investitionen gemacht worden sind, eben nicht eingehalten werden konnten. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Damit haben wir jetzt auch aufgrund der Nicht-Wortmeldung von Gemeinderat Philip Pacanda, dem es durchaus zustehen würde, auch hier noch einmal zu sprechen, die Spezialdebatte erledigt. Wir kommen nun zu den Stadtsenatsmitgliedern. Wie immer in alphabetischer Reihenfolge. Zum Schluss die Frau Vizebürgermeisterin und dann ich selbst. Ich darf beginnen mit Herrn Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio.